

Das Statut ist die Grundlage für den Parteaufbau

In einem Beschluß unseres früheren Parteivorstandes war festgelegt, daß zur Entwicklung ihrer Parteiarbeit die Parteiorganisationen der wichtigsten und entscheidendsten Betriebe den Kreisleitungen zur direkten politischen Anleitung unterstellt werden können. Diese Maßnahme wurde nicht nur in den Kreisen durchgeführt, sondern auch die Landesleitungen übernahmen für die entscheidendsten Betriebe des Landes die direkte politische Anleitung. Die im Fünfjahrplan festgelegten Schwerpunktbetriebe der Republik werden vom Zentralkomitee angeleitet, und die in den einzelnen Betrieben (wie Stahl- und Walzwerk Riesa, Maxhütte, Filmfabrik Wolfen, Steinkohle Zwickau u. a.) erzielten Erfolge im Kampf um den Frieden, in der Erfüllung des Planes, der Verbesserung der Parteiarbeit usw. beweisen die Richtigkeit des Beschlusses. In einigen Kreisen führte allerdings eine falsche Auslegung dieses Beschlusses dazu, daß die den Kreisleitungen unterstellten Parteiorganisationen nicht nur politisch angeleitet werden sondern sogar organisatorisch aus dem Bereiche der Orts-, Stadt- oder Stadtbezirksleitung gelöst und dem Kreise unterstellt wurden, so daß in den einzelnen Orten bzw. Städten zwei oder mehrere Parteileitungen bestehen.

So wurde zum Beispiel bei der Durchführung der Versammlungen zur Vorbereitung der Volksbefragung in Ruhla, Kreis Eisenach, festgestellt, daß in dieser Stadt zwei Parteileitungen bestehen, und zwar die Stadtleitung der Parteiorganisation Ruhla, der alle Grundorganisationen der Betriebe und der Wohngebiete der Stadt unterstehen, und die Parteiorganisation des volkseigenen Großbetriebes Uhrenfabrik Thiel.

Obwohl Hunderte von Parteimitgliedern und Kandidaten der Betriebsparteiorganisation in Ruhla wohnen, nehmen sie nur ungenügenden Anteil am Parteileben der Stadt, weil sie nicht der Stadtleitung unterstehen. Die Parteiorganisation der Uhrenfabrik, die direkt der Kreisleitung unterstellt ist, rechnet ihre Mitgliedsbeiträge bei der Kreisleitung ab. Politisch und organisatorisch besteht zwischen beiden Parteileitungen nur eine lose Verbindung.

Lediglich der Sekretär der Stadtleitung nimmt in gewissen Abständen an den Leitungssitzungen der Parteiorganisation der Uhrenfabrik teil, um sich einigermaßen zu informieren. Die Vertreter der Parteiorganisation des Betriebes dagegen haben weniger Interesse, an den Beratungen und Sitzungen der Stadtleitung teilzunehmen, weil sie die Bedeutung der Arbeit im Orte unterschätzen. In den Sitzungen der Stadtleitung kann man nur ungenügend Stellung zur Arbeit des Betriebes nehmen, und in den Beratungen der Parteiorganisation des Betriebes beschäftigt man sich nicht mit den Problemen des Ortes.

Wie schädlich diese Abgrenzung ist, zeigt die Unterschätzung der Arbeit der Stadtleitung durch den Sekretär der Betriebsparteiorganisation. Er meinte, daß ja „in den Sitzungen der Stadtleitungen nur meistens kommunale Fragen behandelt“ würden. Dieser Ausspruch zeigt, daß die Parteileitung der Uhrenfabrik scheinbar kein Interesse daran hat, zu wissen, wie die Gesetze und Verordnungen der Deutschen Demokratischen Republik zum Wohle der werktätigen Bevölkerung in Ruhla durchgeführt werden.

Die Ursache einer solchen Entwicklung ist die falsche Auslegung des richtigen Beschlusses durch die Kreisleitung Eisenach. Die im Beschluß festgelegte Maßnahme, daß Parteiorganisationen besonders wichtiger Betriebe direkt der Kreisleitung zur politischen Anleitung unterstellt werden können, führte in Ruhla bis zur politisch-organisatorischen Trennung, so daß die Stadtleitung jeder Verantwortung für

den Betrieb entbunden wurde. Die politische Anleitung wichtiger Parteiorganisationen direkt durch die Kreisleitung darf aber in keinem Falle bis zur organisatorischen Trennung mit der übergeordneten territorialen Parteileitung und zur Aufhebung ihrer im Parteistatut festgelegten Verantwortung führen. Diese ist nach wie vor voll und ganz für die politische und organisatorische Arbeit der in ihrem Bereich liegenden Parteiorganisationen verantwortlich.

Die Festlegung der Verantwortung der Orts-, Stadt- und Stadtbezirksleitung im Parteistatut wurde deshalb getroffen, damit der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Politik des Ortes, der Stadt oder des Stadtbezirks gesichert wird. Kann dieser Einfluß der Arbeiterschaft aber gesichert sein, wenn sich die Parteiorganisation der Stadt zum Beispiel vorwiegend aus Mitgliedern der Wohngebiete zusammensetzt, und die Mitglieder der Parteiorganisation aus Großbetrieben von der Mitarbeit ausgeschaltet werden? Nein, deshalb ist es notwendig, daß alle im Bereiche eines Ortes, einer Stadt oder eines Stadtbezirkes bestehenden Parteiorganisationen der Betriebe Bestandteil der Parteiorganisation der Stadt usw. sind, um an dem Parteileben dieser betreffenden Organisationen teilzunehmen. Dies ist um so notwendiger, weil die in den Betrieben beschäftigten Werk tätigen daran interessiert sind, wie die Gesetze der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in ihren Wohngebieten

KARL-ERNST REUTER*

Die Parteiinformation

Im Verlauf der Vorbereitungen der Volksbefragung begannen viele Kreisleitungen eine wirklich operative Führung der Arbeit zu entwickeln. Es gelang ihnen in dem Maße, wie sie die Lage und Entwicklung in ihrem Arbeitsgebiet, die Arbeit der Partei und die Argumente in den Massen kannten, studierten und auswerteten. Das heißt, viele leitende Parteiorgane erkannten die Bedeutung der Parteiinformation als die Grundlage eines operativen, planmäßigen Handelns und begannen mit ihrer praktischen Organisation. Auch die Informierung der übergeordneten Parteiorgane hat sich sowohl inhaltlich wie auch in der Schnelligkeit der Weiterleitung der Informationen verbessert.

Für die weitere Entwicklung der Parteiinformation zeigten sich jedoch einige Schwächen und Gefahren. Was sind gegenwärtig die hauptsächlichsten?

Die Parteiinformation ist weder Geheimwissenschaft noch Kriminalistik

In einer Reihe von Kreisen wird die Parteiinformation offenbar als die Angelegenheit einer kleinen Gruppe von besonders dafür ausgewählten Genossen, nicht aber als eine Aufgabe der gesamten Partei und aller leitenden Parteiorgane betrachtet. So beauftragte zum Beispiel die Kreisleitung Leipzig während der Vorbereitung der Volksbefragung 20 sogenannte Instruktoren für Parteiinformation mit dieser Aufgabe. Diese Genossen erhielten nun nicht etwa den Auftrag, die Leitung bei der Auswertung der eingehenden Materialien, Berichte, Protokolle usw. zu unterstützen, sondern sie wurden aufgefordert, bestimmte Fragen zu untersuchen, vor allem aber Mitglieder und Parteiloze über ihre Meinungen zu befragen. Es ist offensichtlich, daß